

Bürgerbegehren für Sandhäuschen unzulässig?

Hintergrund-Information zum Sandhäuschen-Begehren in Aachen

Das Bürgerbegehren für den Erhalt des Sandhäuschens in Aachen soll für unzulässig erklärt werden. Dies sieht eine Vorlage der Verwaltung zur Ratssitzung am morgigen Mittwoch vor. Der Grund: In der Begründung des Bürgerbegehrens seien die Motive zum ursprünglich geplanten Abriss des Sandhäuschens nicht genannt worden. Auch, dass eine vorherige jahrelange Suche nach einem Pächter für das Sandhäuschen ergebnislos verlaufen sei, sei dort nicht erwähnt worden.

Dieser aktuelle Fall macht die Problematik der Sammelfrist für Bürgerbegehren in NRW besonders deutlich. Das Bürgerbegehren wurde trotz Kompromiss mit der Stadt nur deshalb eingereicht, weil für Bürgerbegehren in Nordrhein-Westfalen eine Frist von drei Monaten zur Einreichung gilt. Diese Frist beginnt mit dem Beschluss des Rates bzw. hier der Bezirksvertretung.

Am 5. April 2006 hatte die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg in Einvernehmen mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens beschlossen, innerhalb eines Dreivierteljahres mit bürgerschaftlichem Engagement aus Laurensberg und in Kooperation mit der Stadt Aachen eine Instandsetzung des Gebäudes "Sandhäuschen" und eine Pächtersuche erfolgreich abzuschließen. Sollte in diesem Zeitraum erkennbar sein, dass sich dieses Ziel nicht erreichen lässt, soll das "Sandhäuschen" anderen Zwecken zugeführt werden.

Wäre das Ziel des Erhalt des Sandhäuschens nicht erreicht worden, hätte die Bürgerinitiative das Bürgerbegehren wegen Ablaufens der Sammelfrist von drei Monaten nicht mehr einreichen können, um ggf. einen Bürgerentscheid zu erzwingen.

Nach Ansicht von Mehr Demokratie ist eine Sammelfrist für Bürgerbegehren überflüssig. Die Initiatoren eines Bürgerbegehrens sollten so lange Unterschriften sammeln können, wie in der Sache noch keine unveränderlichen Fakten geschaffen worden sind. Eine entsprechende Regelung gilt in Bayern.

Auch die Meinung, das Bürgerbegehren hätte die Motive der Ratsmehrheit für den ursprünglich geplanten Abriss des Sandhäuschens enthalten müssen, zeugt von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber der Mündigkeit der Bürger. Diesen wird auf diese Weise implizit unterstellt, dass sie unreflektiert ohne weitere Informationen ein Bürgerbegehren unterschrieben. Eine solche Haltung widerspricht dem Menschenbild des mündigen Bürgers in einer Demokratie.

Weitere Informationen: <http://www.mehr-demokratie.de/sammelfrist.html>

Thorsten Sterk

Pressesprecher